

Pressemitteilung

## **Immobilienwirtschaft: „Wer angesichts des Rückgangs der Baugenehmigungen zur Tagesordnung übergeht, versündigt sich am sozialen Zusammenhalt im Land“**

**Berlin, 17.11.2023** – Die Immobilienwirtschaft warnt davor, die anhaltend finsternen Zahlen des Statistischen Bundesamts zu den Baugenehmigungen mit resigniertem Schulterzucken zur Kenntnis zu nehmen. „Wer angesichts des Rückgangs der Baugenehmigungen zur Tagesordnung übergeht, versündigt sich am sozialen Zusammenhalt im Land“, kommentiert Dr. Andreas Mattner, Präsident des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA), die aktuellen Meldungen aus Wiesbaden. „Aus Denkmodellen und starken Überlegungen für den Wohnungsbau müssen unbedingt sehr, sehr schnell politische Taten werden.“

Hintergrund: Nach den heute publizierten Informationen des Statistischen Bundesamtes ging im September dieses Jahres in Deutschland die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen im Vergleich zum Vorjahresmonat um fast 30 Prozent (29,7 Prozent) zurück. „Damit setzt sich eine traurige Entwicklung fort, die nun zum deutschen Dauertrend zu werden droht“, klagt Mattner. Denn von Januar bis September dieses Jahres sank die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 28,3 Prozent.

Die sinkenden Baugenehmigungszahlen seien nur „Vorboten des Schreckens“, so Mattner: Entscheidend seien die schon jetzt fehlenden Wohnungen. Der ZIA selbst hat seine Prognosen für die weitere Entwicklung beim Wohnungsmangel zuletzt nach oben korrigiert: Aktuell geht die Immobilienwirtschaft von 750.000 fehlenden Wohnungen bis 2025 aus – das ist eine um 50.000 größere Lücke als Anfang 2023 taxiert. Bis 2027 könnten, so die Prognose, bis zu 830.000 Wohnungen fehlen.

Der ZIA ruft die politischen Entscheiderinnen und Entscheider dazu auf, die Ideen aus dem Bündnis bezahlbarer Wohnraum „unverzüglich“ anzugehen. Angesicht der jüngsten Signale der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sei mit steigenden Anträgen auf Asyl zu rechnen. „Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, sollten wir Wohnraum bieten können. Und ein Konkurrenzkampf zwischen denjenigen, die neu ankommen, und denen, die hier schon lange vergebens nach Wohnraum suchen, muss unbedingt verhindert werden“, so Mattner.“

Der Verband hat hier auch große Erwartungen an die Bauministerkonferenz in einigen Tagen.

Der ZIA fordert:

- Ein großvolumiges „KfW-Kreditprogramm Wohnen“ mit einem Zinssatz von zwei Prozent für Neubauten ab Standard EH 55. Die Aufwendungen für ein solches Programm, das Mietwohnungen pushen könnte, liegen laut Mattner bei etwa neuen Milliarden Euro. Diese Summe werde, so der ZIA-Präsident, „durch mehr Steuereinnahmen aufgrund von Bautätigkeit und ersparte Transferleistungen für Arbeitslosigkeit kompensiert“
- Ein temporäres Aussetzen der kommunalen Abschöpfungsmodelle bei Projektentwicklungen sowie ein Aussetzen der Grunderwerbsteuer, und zwar auch für Mietwohnungen
- Mutige Planungsentscheidungen, um den Wohnungsneubau auch durch serielles und modulares Bauen voranzutreiben

---

#### **Der ZIA**

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 33 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

#### **Kontakt**

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 17

E-Mail: [presse@zia-deutschland.de](mailto:presse@zia-deutschland.de) Internet: [www.zia-deutschland.de](http://www.zia-deutschland.de)